

FRAKTIONSKÄMPFE IN DER JAPANISCHEN REGIERUNGSPARTEI: INNERPARTEILICHE HEMMNISSE DER CHINAPOLITIK JAPANS

Manfred Pohl

Seit Monaten stecken die Verhandlungen über den Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages zwischen der Volksrepublik China und Japan fest, und es ist wenig wahrscheinlich, daß der Vertrag noch in dieser Legislaturperiode, d.h. regulär bis Ende 1976, paraphiert werden kann.

Vordergründig scheint es die unnachgiebige Haltung der VR China in der Frage der "Anti-Hegemonie"-Klausel im Vertrag zu sein, welche die Verhandlungen stocken ließ; tatsächlich ist die chinesische Forderung auch nur schwer mit jenem Grundsatz japanischer Außenpolitik gegenüber den sozialistischen Großmächten vereinbar, der als "Äquidistanz" treffend bezeichnet ist (1).

In Wahrheit aber handelt es sich hier für die japanische Seite wohl weniger um ein außenpolitisches Problem, als vielmehr um innerparteiliche Probleme der japanischen Regierungspartei LDP (Liberaldemokratische Partei; japanisch: Jiyū minshu tō): Flügelkämpfe, persönliche Rivalitäten und Machtstreben in der LDP lähmen die japanische Außenpolitik.

1. Tanakas Rücktritt und die Nachfolgefrage

Im November 1974 fuhr sich der "computergesteuerte Bulldozer" Tanaka Kakuei (2) in einer Grube fest, die von Mitarbeitern der Monatszeitschrift "Bungei Shunjū" ausgehoben worden war. Die Zeitschrift hatte in einem ausführlichen Bericht das politisch anrühige Finanzgebaren des jüngsten Ministerpräsidenten Japans aufgedeckt (3). Der Artikel über Tanakas "Politik des großen Geldes" (jap.: kinkensei) versetzte seiner Position den letzten Stoß - er mußte sowohl als Ministerpräsident wie auch als Präsident der LDP (beide Ämter sind traditionsgemäß in Personalunion) zurücktreten.

Der Bericht allein hätte sicher nicht ausgereicht, um Tanakas Stellung derart zu schwächen, daß er zum Rücktritt gezwungen gewesen wäre: Offene und verdeckte "finanzielle Transaktionen" gehören in Japan zum politischen Alltag - auch die Sozialistische Partei Japans lehnt zweifelhafte Geldspenden nicht ab (4). Die Kritik an Tanakas Finanzgebaren in "Bungei Shunjū" führte nur deshalb zum Rücktritt des in der LDP einflußreichen Ministerpräsidenten, weil einmal die Partei unter seiner Führung in den Oberhauswahlen 1974 schwere Rückschläge hinnehmen mußte (um ihre Mehrheit im Oberhaus solide abzusichern, ist die LDP nach 1974 auf die Unterstützung parteiloser Abgeordneter angewiesen), und zum anderen, weil die konservative Regierung unter Tanaka auf die bisher tiefste Popularitätsrate abgesunken war: Nach einer Umfrage der "Asahi Shimbun" vom November 1974 (5) waren nur noch 12 % der japanischen Wähler mit Tanaka einverstanden, 69 % dagegen lehnten ihn ab. Da andererseits die LDP als Partei noch immer von 42 % bevorzugt

wurde und nur 27 % eine der Oppositionsparteien unterstützt hätten, drängten auch Parteioberer der LDP den Ministerpräsidenten, im Interesse der Partei zurückzutreten - das erst gab den Ausschlag.

Mit seinem Rücktritt verzichtete Tanaka jedoch nur nach außen auf eine Machtposition; innerhalb der LDP war und ist er noch immer einer der mächtigsten Männer - heute einflußreicher "Königsmacher" im Hintergrund, morgen vielleicht selbst wieder Ministerpräsident.

Der Grund für Tanakas fortdauernden Einfluß (trotz der schweren Vorwürfe gegen ihn und dem damit verbundenen Verlust an Ansehen) liegt in der Struktur der Partei: Die LDP ist - vereinfacht ausgedrückt - nichts anderes als ein Zweckbündnis mehrerer konservativer Politiker mit politischen Eigeninteressen, die sich - gestützt auf ihre persönliche Gefolgschaft - auf der Basis eines unscharf formulierten Grundsatzprogrammes zusammengeschlossen haben. In diesem Bündnis gebietet Tanaka über die größte Gefolgschaft, oder genauer: Fraktion (jap.: ha, "Fraktion", "Gruppe", manchmal auch mit negativem Beiklang habatsu, etwa: "Clique", genannt). Ein Blick auf die fraktionelle Zuordnung der LDP-Abgeordneten in beiden Häusern des japanischen Parlaments zeigt das (nicht aufgeführt sind die vier oder fünf kleinen Fraktionen):

Fraktionsführer	Unterhaus	Oberhaus	gesamt
Tanaka Kakuei	47	43	90
Fukuda Takeo	56	24	80
Ohira Masayoshi	42	21	63
Miki Takeo	37	10	47
Nakasone Yasuhiro	36	6	42

Stand: 31.12.1974

Quelle: Asahi nenkan 1975,
S. 266/7

Ohne Tanakas Unterstützung oder gar gegen ihn lassen sich keine Entscheidungen durchsetzen. So mußte er zwar auf Druck der anderen Parteimächtigen zurücktreten, aber er konnte bei der dann folgenden Auseinandersetzung um die Nachfolge ein gewichtiges Wort mitsprechen.

Gemäß der Parteisatzung der LDP wird der Präsident der Partei - und damit also wegen der Sitzverhältnisse im Parlament auch der Ministerpräsident - von einem Wahlmännnergremium gewählt. Dieses Gremium besteht aus den LDP-Abgeordneten beider Häuser und je einem Delegierten aus jeder Provinz; d.h. 47 Vertretern der Parteibasis "draußen im Lande" stehen 414 erfahrene Parlamentarier gegenüber. Eine echte Entscheidung fällt jedoch nicht in dieser Wahlmännerversammlung, sie akklamiert

durch ihre Abstimmung nur einem Beschluß, der in kleinstem Kreis unter den fünf mächtigsten Parteiführern gefaßt wurde. Oberster Grundsatz für die Abgeordneten ist dabei die "Gefolgschaftstreue" gegenüber dem eigenen Fraktionsführer.

Wenn zwei oder mehrere unter den Parteimächtigen, die man als "Kurfürsten" bezeichnen könnte, gleichzeitig Anspruch auf die Führung erheben, werden die Dienste eines Vermittlers gesucht, der keiner Fraktion angehört, in der Partei aber über Ansehen verfügt. Es handelt sich dabei meistens um einen älteren, erfahrenen (genauer: mit den Feinheiten der innerparteilichen Machtverhältnisse vertrauten) Parteifunktionär der Führungsspitze.

Nach Tanakas Rücktritt beanspruchten sowohl Ōhira als auch Fukuda die Führung der Partei; damit blockierten sich die beiden nach Tanaka mächtigsten Fraktionsführer gegenseitig. Die Vermittlung übernahm der Vizepräsident der Partei, Shiina Etsusaburō (77 Jahre), der eine eigene kleine (neutrale) Fraktion führt und wegen seines Alters erklärtermaßen keine Ansprüche auf die Präsidentschaft mehr erhebt.

Als er seine Vermittlertätigkeit aufnahm, fand Shiina folgende Situation vor: Von den fünf Parteimächtigen standen sich Ōhira und Fukuda in harter Rivalität gegenüber, Tanaka war wegen seiner Finanzaffären vorübergehend geschwächt; Nakasone konnte noch keine Ansprüche auf das oberste Parteiamt erheben, da er nach japanischen Vorstellungen ein wenig zu jung war (1974 war N. 56 Jahre), um als LDP-Chef auch Ministerpräsident zu werden; hinzu kam seine fraktionelle Schwäche. Nakasone übte darüber hinaus auch bewußt Zurückhaltung, da er seine Bewerbung um die Macht zu einem günstigeren Zeitpunkt (also nicht als Nachfolger eines Gestürzten) vorbringen will und er auf diesen Zeitpunkt noch warten kann. Er unterstützte in dieser Situation die Anwartschaft Fukudas (6). Miki dagegen hatte zwar das richtige Alter, aber wegen seiner zu kleinen Hausmacht konnte er nicht gegen die beiden Mächtigsten antreten. Ihm wird nachgesagt, er habe zu diesem Zeitpunkt seine politische Zukunft außerhalb der LDP in einem Bündnis mit rechten Sozialisten und der Minshatō (Sozialdemokraten) gesucht und entsprechende Verhandlungen geführt. Schon einmal war Miki an einer Spaltung der Konservativen beteiligt, als er gemeinsam mit Hatoyama und Kishi die Jiyū tō (Liberale Partei) verließ und 1954 die Minshu tō (Demokratische Partei) gründete (7).

Verschärft wurde die Lage noch durch eine heftige Auseinandersetzung in der Parteiführung über das Verfahren der Tanaka-Nachfolge: Sollte Shiina nach sorgfältiger Vorbereitung in seiner Eigenschaft als amtierender Vorsitzender einen Nachfolger benennen, den dann die anderen Fraktionsführer nur bestätigen würden (Fukudas Plan) oder sollten die LDP-Gremien förmlich den Nachfolger wählen (Tanakas und Ōhiras Forderung). (8) ? In dem letzteren Verfahren war jene unmittelbar drohende Gefahr am größten, die Shiinas Aufgabe so schwierig gestaltete: die Gefahr einer Parteispaltung (9).

Shiina brachte dennoch das schier Unmögliche zustande: Indem er weder Ōhira noch Fukuda, sondern Miki als Nachfolger benannte und für seine Entscheidung (also keine Wahl!) letztlich auch die Billigung der anderen Fraktionsführer, einschließlich der Ōhiras erlangte, bewahrte er a) die Partei vor der Spaltung und sicherte damit b) den Fortbestand der konservativen Regierungsmacht. Von einigen jungen LDP-Politikern wird das Ver-

fahren der Benennung Mikis zwar kritisiert, aber diese Kritik ist grundsätzlicher Art, während die Entscheidung für Miki sachlich als "gutes Ergebnis eines schlechten Verfahrens" (10) gewertet wird.

2. Mikis außenpolitische Schwierigkeiten

Es ist also nicht zu übersehen: Miki Takeo wurde nur als Kompromißkandidat Parteichef und Ministerpräsident. Diese Tatsache engt seinen außenpolitischen Handlungsspielraum noch weiter ein, als es ohnehin schon die japanische Verfassung tut: Der japanische Ministerpräsident hat keine Richtlinienkompetenz wie etwa der Bundeskanzler (Art. 65, GG); in der Verfassung Japans heißt es vielmehr:

Als Vertreter des Kabinetts bringt der Ministerpräsident Vorlagen im Parlament ein, berichtet dem Parlament über die allgemeinen Staatsangelegenheiten sowie über die auswärtigen Beziehungen, erteilt den einzelnen Zweigen der Verwaltung Weisungen und beaufsichtigt sie. (Art. 72, Jap. Verf.)

Das bedeutet: Da der Ministerpräsident nur Vertreter oder Sprecher eines Kollegiums, des Kabinetts, ist, kann er politische Zielvorstellungen nur dann verwirklichen, wenn er über eine starke Hausmacht in der LDP, besonders unter den Unterhausabgeordneten verfügt; hier liegt Mikis größte Schwäche.

Die schwache Position des Ministerpräsidenten wirkt sich im Falle Mikis besonders nachteilig im Bereich der Außenpolitik, und hier wieder speziell im Hinblick auf die Chinapolitik, i.e. den Abschluß eines chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrages aus. Miki sieht sich aufgrund der äußeren Umstände seines Amtsantritts und wegen der verfassungsmäßigen Einengungen vor folgenden Problemen in seiner Chinapolitik:

1. Seine Außenpolitik wird behindert durch massiv vorgetragene Gruppeninteressen in der LDP: Eine Pro-Taiwan-Gruppe und eine Pro-VRCh-Gruppe kämpfen - teilweise über Mikis Kopf hinweg - um den entscheidenden politischen Einfluß.
 2. Die VR China setzt - offensichtlich in guter Kenntnis der innerparteilichen Machtverhältnisse der LDP - noch immer auf Tanaka, den Unterzeichner des Kommuniqués von 1972. Dagegen betrachten offizielle Stellen in der VRCh Miki mit Mißtrauen, das dieser bisher vergeblich zu zerstreuen suchte. Der wichtigste Grund für die mißtrauische Distanz zu Miki liegt in der Tatsache, daß es prominente Politiker einer Taiwan-freundlichen Gruppe waren, die Miki zu seiner jetzigen Position verhalfen; in erster Linie sind hier Shiina und Fukuda zu nennen. Dieser Umstand läßt es unwichtig erscheinen, daß Miki schon vor 1972, als Außenminister unter Sato, nachdrücklich für eine Normalisierung der Beziehungen zur VRCh eingetreten ist (12).
 3. Sowohl die VR China, als auch die Sowjetunion und Taiwan nutzen ihre engen Kontakte zu einzelnen Fraktionen in der LDP, um die japanische Außenpolitik direkt zu beeinflussen.
 4. Miki hat ein schlechtes Verhältnis zu den Beamten des Außenministeriums. Teilweise stammt diese Verstimmung noch aus der Zeit, als Miki Außenminister war, zu einem größeren Teil jedoch ist das schlechte Verhältnis jüngsten Datums: Das Außenministerium fühlt sich bei der Vorbereitung und dem Ablauf (Gesprächsthemen) des USA-Besuches von Miki in seinen Kompetenzen beschnitten und übergangen (13).
- Seit Miki, der sich selbst einmal als "idealistischen Balkanpolitiker" charakterisierte (14), Parteichef und Ministerpräsident

wurde, hat sich die innerparteiliche Machtkonstellation in der LDP verändert: Shiina war über den Ministerpräsidenten verärgert, weil Miki außenpolitische Erfolge anstrebte, statt - wie allgemein von ihm erwartet wurde - als "Mr. Clean" die Partei zu modernisieren und eine "konservative Reform" durchzuführen (15). Auch Fukuda, Mikis Hauptstütze, rückte von ihm ab, da Miki danach trachtet, aus dem befristeten Kompromiß seiner Amtseinsetzung eine demokratisch abgesicherte Dauerregelung zu machen, indem er Neuwahlen anstrebt. Fukuda aber stützte Miki nur als den Chef eines Übergangskabinetts, um einmal zu verhindern, daß Ōhira Ministerpräsident wird und um zum anderen sein lange angestrebtes Fernziel, selbst Regierungschef zu werden, endlich einmal zu erreichen. Neuwahlen, in denen Miki u.U. einen deutlichen Popularitätsgewinn erzielt und damit seine Macht konsolidiert, würden Fukuda für immer den Weg zum höchsten Parteiamt und damit zum Regierungschef verbauen, da er schon einmal gegen Tanaka unterlegen ist (1972) und jetzt fast die Altersgrenze erreicht hat (er wird 70 Jahre).

3. Mikis Chinapolitik unter dem Druck der Taiwan- und der VRCh-Lobby

Miki hat mehrfach betont, daß ihm viel daran läge, den Friedens- und Freundschaftsvertrag mit der VRCh so schnell wie möglich abzuschließen; im Mai hatte er sogar noch die Hoffnung, den Vertrag in der verlängerten Sitzungsperiode (abgelaufen am 4. Juli) des Unterhauses abzuschließen (16). Jedoch gibt es jetzt kaum mehr eine reale Chance, daß der Vertrag noch in dieser Legislaturperiode paraphiert wird. Miki hat erkennen müssen, daß er gegen den Widerstand der mächtigen Pro-Taiwan-Gruppe dieses außenpolitische Ziel nicht erreichen kann.

A. DIE PRO-TAIWAN-GRUPPE

Diese Gruppe ist eine von zwei "Pressure groups" in der LDP, die ideologisch, politisch und nicht zuletzt unter wirtschaftlichen Aspekten die japanische Außenpolitik in eine bestimmte Richtung zu lenken suchen. Neben den Taiwan-orientierten Politikern gibt es eine zahlenmäßig stärkere Gruppe, die vehement für enge Kontakte Japans zur VR China eintritt.

Die Zuordnung zu einer dieser Gruppen ist nicht an eine bestimmte Fraktionszugehörigkeit gebunden, vielmehr geht die Spaltung zwischen Taiwan-Freunden und Befürwortern einer Annäherung an die VRCh quer durch alle Fraktionen. Zwei von ihnen lassen sich jedoch in ihrer Mehrheit fest einordnen: Fukuda und seine Gefolgschaft verfechten eine gegen die VR China gerichtete Politik und treten folglich für den Fortbestand von engen Kontakten zu Taiwan ein, während sich Ōhira mit seiner Fraktion für die Annäherung an die VRCh einsetzt. Der innerparteiliche Gegensatz zwischen Ōhira und Fukuda hat damit eine außenpolitische Dimension.

Die Rivalität zwischen den beiden verhindert nicht, daß z.B. Außenminister Miyazawa, der der Ōhira-Fraktion zugerechnet wird, in der Chinafrage eine deutliche Pro-Taiwan-Haltung einnimmt (17). Seine Erklärung vom 1.7.75 vor dem außenpolitischen Ausschuß des Oberhauses legte den Flaggenstreit mit Taiwan bei, den Ōhira - Miyazawas Fraktionsführer - ausgelöst hatte (18). Das Eintreten des Außenministers für Taiwan liefert die Begründung für den Argwohn, daß Miyazawa bewußt den Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages mit der VRCh verzögert.

Neigt mit Miyazawa ein Ōhira-Mann der Pro-Taiwan-Haltung zu,

so hat sich auf der anderen Seite ein profiliertes Mitglied der Fukuda-Fraktion, der ehemalige Generalsekretär der LDP (und Gegner Mikis), Hori Shigeru, bis Ende 1974 enger Vertrauter Fukudas, von diesem gelöst und tritt heute nachdrücklich für eine Annäherung an die VR China ein (19). Besonders deutlich wurde diese Haltung während seines Besuches in Peking (Februar 1975), als Hori auch mit Chou eine Unterredung hatte (20).

Etwa 70 Parlamentarier der LDP zählen zur Pro-Taiwan-Gruppe (21), in der Fukuda und Außenminister Miyazawa die wohl prominentesten Vertreter sind. Auch in der Parteiorganisation halten profilierte Taiwan-Freunde führende Positionen: Matsunō Raizō, (Fukuda-Fraktion), der Taiwan stets demonstrativ als Staat bezeichnet, leitet den Ausschuß für Fragen der allgemeinen Politik (22), Nadao Hirokichi (keine Fraktionszugehörigkeit) ist Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses der LDP (23).

Die härtesten ideologischen Gegner der VR China finden sich in der ultra-konservativen "Seirankai" (Frühlingssturm-Gesellschaft). Diese Gruppe meist jüngerer LDP-Abgeordneter (Durchschnittsalter: 51 Jahre, jung also nach japanischen Maßstäben) beider Häuser hat zwar im Vergleich zu den etablierten Fraktionen weit geringeren Einfluß, aber die "Seirankai" bildet ein Störpotential, das unter Umständen den so sehr geschätzten, glatten Ablauf von Gesetzesvorhaben behindert und damit dem von der LDP nach außen angestrebten Image von Einigkeit schaden kann. Die "Seirankai" war es, die gemeinsam mit der Fukuda-Fraktion die Wiederaufnahme des Luftverkehrs zwischen Taiwan und Japan durchsetzte, indem sie in der LDP diese Forderung zur Vorbedingung für ihre Tolerierung einer Fortsetzung von Vertragsverhandlungen mit Peking machte. Nachdem diese Forderung erfüllt worden ist, rückt eine zweite Forderung der Pro-Taiwan-Gruppe in den Vordergrund: Das Wort "Frieden" soll aus dem Titel des Vertrages mit der VRCh getilgt werden, da Japan schon 1952 mit China/Taiwan einen Friedensvertrag abgeschlossen habe, mit der VRCh könne es nur mehr einen Freundschaftsvertrag geben (24).

Verstärkung erhält die Taiwan-Lobby zeitweise durch Politiker wie Shiina Etsusaburō, dessen Einfluß in der LDP seit seiner erfolgreichen Vermittlung von 1974 nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Shiina verfiert zwar nicht unmittelbar die Interessen Taiwans, aber er und seine Fraktion wollen eine einseitige Option für die VRCh verhindern, um nicht die Sowjetunion zu brüskieren.

Die lebhafteste diplomatische Aktivität der Sowjets - parallel zu volksdiplomatischen Aktionen der VRCh - konzentrierte sich ganz auf den Fraktionsgegensatz in der LDP; die Reaktion auf die zahlreichen Kontaktgespräche des sowjetischen Botschafters in Japan, Trojanovskij, mit LDP-Politikern läßt fast den Eindruck entstehen, als formierte sich in der LDP eine pro-sowjetische Lobby. Einer der Exponenten einer solchen Gruppe wäre dann der Vorsitzende der Gesellschaft für japanisch-sowjetische Freundschaft, Akagi Munenori, ein erfahrener LDP-Politiker (früher Landwirtschaftsminister, heute Unterhausabgeordneter), der der Shiina-Fraktion zugerechnet wird. Die Gesellschaft agitiert heftig gegen den Friedens- und Freundschaftsvertrag mit der VRCh, indem sie insbesondere die "Anti-Hegemonie"-Klausel angreift; dabei findet die Gesellschaft bei Miyazawa offene Ohren.

Trojanovskijs Gespräche mit Shiina und führenden Mitgliedern der "Seirankai" (25) haben jedoch den Sowjets deutlich gemacht,

daß trotz des Gegensatzes zwischen Taiwan-Freunden und der VRCh-Lobby die Sowjetunion daraus kein politisches Kapital schlagen kann. Das Ansehen der Sowjetunion in der japanischen Öffentlichkeit ist außerordentlich schlecht und kein konservativer Politiker kann es sich erlauben, offen für die Sowjetunion Partei zu ergreifen.

Die hartnäckige Weigerung der Sowjetunion, über eine Rückgabe der vier Kurilen-Inseln Kunashiri, Habomai, Shikotan und Etorofu auch nur zu verhandeln (die Rückgabe wird besonders laut von der KPJ gefordert!) sowie auch die zahlreichen Pressionen gegen japanische Fischer in den Seegebieten nordöstlich von Japan haben eine feindselige Stimmung gegenüber der Sowjetunion erzeugt. Der LDP-Unterhausabgeordnete Utsonomiya Tokuma, der als Repräsentant der Pro-VRCh-Gruppe im Mai die Volksrepublik besuchte, faßte die Haltung eines großen Teiles der japanischen Bevölkerung wohl richtig zusammen: Die Unterzeichnung des Friedens- und Freundschaftsvertrages unter Annahme der "Anti-Hegemonie"-Klausel verbessert entscheidend die japanisch-chinesischen Beziehungen; wenn Japan dagegen dem sowjetischen Drängen nachgibt und den Vertrag nicht paraphiert, erreicht es keine Gegenleistung von der Sowjetunion, vor allem keine Rückgabe der Kurilen-Inseln (26).

Auf der anderen Seite ist die emotionale Bindung der Japaner an China noch heute stark, ein Faktum, das von Trojanovskij durchaus erkannt wird. Hier liegt ein weiterer Grund dafür, daß noch keine seltsame Koalition zwischen Taiwan-Freunden und Verfechtern einer prosovjetischen Außenpolitik gegen die VRCh entstanden ist.

Es sind keineswegs in erster Linie wirtschaftspolitische Erwägungen, welche die Pro-Taiwan-Gruppe leiten: Für Japan sind die Wirtschaftsbeziehungen zu Taiwan verzichtbar; auch der Erhalt der lukrativen Flugroute zwischen Tokyo und Taipei spielt als Motiv nur eine untergeordnete Rolle, wenn sich konservative Politiker vehement für enge Kontakte zu Taiwan einsetzen. Entscheidend sind vielmehr folgende Gründe:

1. Die ultra-konservativen Kräfte in der LDP, die weitgehend mit der Pro-Taiwan-Gruppe identisch sind, wollen verhindern, daß von der Ausweitung freundschaftlicher Kontakte auf der Basis wirtschaftlicher Beziehungen zur VRCh die Oppositionsparteien in Japan in den vermutlich im Dezember 1975 oder im Frühjahr 1976 anstehenden Unterhauswahlen profitieren. Hierbei wird nicht in erster Linie an die KPJ gedacht (deren Beziehungen zur KPCh und zur KPdSU nur als unterkühlt bezeichnet werden können), sondern an die SPJ, die stärkste der Oppositionsparteien, die gute Beziehungen zur Führung der VRCh unterhält und stets für eine Normalisierung der Beziehungen zu Peking eingetreten ist.
2. In der eigenen Partei wollen diese Kräfte verhindern, daß Miki, der von ihnen als zu liberal eingestuft wird, aus dem erfolgreichen Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages persönlich Nutzen zieht und seine Position ausbaut.
3. Die 31 Mitglieder der "Seirankai" in beiden Häusern des Parlaments sehen schon in der bloßen Existenz der VRCh eine Bedrohung Japans:

"Die atomar gerüsteten Großmächte Sowjetunion und die Volksrepublik China, die in ihrem Gesellschaftssystem und ihrer Ideologie von unserem Land gänzlich verschieden sind, bilden eine ständige Bedrohung für uns"; daher "sind benachbarte Län-

der in Asien wie die Republik Korea (ROK) und die Republik China (Taiwan) für unsere Sicherheit lebenswichtig" (27).

4. Schließlich existieren enge persönliche Bindungen zwischen konservativen Politikern und Industriellen in Japan und Taiwan.

Dagegen machen Politiker um Shiina folgende Vorbehalte geltend, wenn sie zu einem behutsamen Vorgehen bei den Vertragsverhandlungen raten:

1. Japan müßte u.U. auf Verlangen der VRCh, die sich auf die "Anti-Hegemonie"-Klausel stützen würde, gegen Operationen der USA im Pazifik protestieren, die in Zusammenhang mit dem japanisch-amerikanischen Sicherheitspakt stehen; dieser Pakt aber ist gerade feierlich bekräftigt worden, weil er vorläufig Japans einzige wirksame Sicherheitsgarantie bildet.
2. Die Sowjetunion könnte ein Akzeptieren der "Anti-Hegemonie"-Klausel als offene und einseitige Parteinahme Japans für die VRCh im sino-sowjetischen Konflikt werten und mit wirtschaftlichen Sanktionen antworten, die Japan besonders bei der Versorgung mit Fisch hart treffen würden.
3. Die Klausel könnte schließlich u.U. auch gegen Japans wirtschaftliche Expansion in Asien angewendet werden (28).

B. DIE PRO-VR CHINA GRUPPE

Die Verfechter einer stärkeren Annäherung an die VRCh bilden in der LDP mit den Fraktionen von Tanaka und Ōhira eine zahlenmäßig stärkere Gruppe als die Taiwan-Lobby. Ihr Einfluß ist jedoch verhältnismäßig geringer; dafür gibt es folgende Gründe:

1. Bei der jetzigen innerparteilichen Situation ist keiner der profilierten Verfechter einer prochinesischen Außenpolitik direkt an der Parteiführung beteiligt, die Schlüsselstellungen im Parteiapparat wie auch im Kabinett werden von Taiwan-freundlichen Politikern gehalten.
2. Die prochinesischen Fraktionen stehen der Taiwan-Lobby nicht geeint gegenüber, sondern haben mit innerfraktionellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Dieses gilt insbesondere für die Ōhira-Fraktion, in der sich seit der Amtseinsetzung Mikis (die unter der Tolerierung von Ōhira geschah) Widerstände gegen Ōhira von seiten älterer Parteimitglieder erheben, die sich um den Sprecher des Unterhauses Maeo Shigesaburō gesammelt haben (29).
3. Tanaka kann mit seiner Fraktion vorerst nur behutsam für bestimmte politische Zielsetzungen eintreten, da sein Ansehen zwar in der Führung der VRCh ungebrochen, in der japanischen Öffentlichkeit aber noch nicht wieder völlig hergestellt ist, obwohl das Untersuchungsverfahren wegen Steuervergehens gegen ihn kürzlich eingestellt worden ist.

Diese offensichtliche Schwäche der prochinesischen Gruppe in der LDP wird aber zu einem guten Teil wettgemacht durch starke Verbündete außerhalb der Partei. Von diesen ist an erster Stelle der größte Teil der japanischen Massenpresse (Asahi Shimbun) zu nennen. Weiter ist es die stärkste Oppositionspartei, die SPJ, die nachdrücklich für den Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages mit der VRCh eintritt und bereits in einem Kommuniqué die "Anti-Hegemonie"-Klausel akzeptiert hat (30). Schließlich tritt auch ein Teil der Wirtschaft - allerdings mit skeptischer Zurückhaltung in der Hegemonie-Frage - für engere Beziehungen zur VRCh ein, die gegenwärtig nur über den Abschluß eines Friedensvertrages zu sichern sind (31).

Während die Taiwan-Lobby mit der Regelung über die Wiederaufnahme des Flugverkehrs zwischen Taipei und Tokyo einen deutlichen Erfolg verbuchen konnte, ist es um die prochinesische Gruppe gegenwärtig still. Das hat mehrere Gründe:

1. Die diesjährige reguläre Session des Parlaments ist beendet; damit tritt traditionsgemäß eine politische Denkpause ein, in der sich die innerparteilichen Machtgruppen sammeln und u.U. neu formieren.
2. Es ist Miki nach seinem prestigesteigernden Besuch in den USA gelungen, seinen Gegnern die politische Initiative zu entreißen, indem er einerseits deutlich nach rechts geschwenkt (32) und damit seinem wichtigsten Verbündeten Fukuda nähergekommen ist, andererseits aber mit Erfolg die politischen Kampfthemen diktiert hat. Nicht der Vertrag mit der VRCh ist gegenwärtig das brennendste Thema japanischer Politik, sondern innenpolitische Streitpunkte wie die Reform des Anti-Monopolgesetzes, die Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer u.ä. stehen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung.
3. Allgemein werden für die nächste Zukunft Neuwahlen er-

wartet (33); in dieser Situation ist es für die Fraktionen wichtiger, ihre ganze Kraft auf die Vorbereitung der innerparteilichen Auseinandersetzung zu konzentrieren, die der Neuwahl folgen wird.

4. Schließlich vollzieht sich in der LDP langsam, aber deutlich erkennbar eine Neuformierung der Fraktionen: Jüngere LDP-Politiker, die das Image der LDP als einer "Manager-Partei" im doppelten Sinne (nämlich Partei der Manager von Großunternehmen und Partei der Fraktionsmanager) beseitigen wollen, suchen Kontakt und Zusammenschluß über die Fraktionsgrenzen hinweg.

Die Außenpolitiker der VRCh tragen diesen innenpolitischen und innerparteilichen Situation offenbar Rechnung, indem sie auch ihrerseits nicht durch Angebote die Verhandlungen in Fluß bringen und damit die prochinesische Gruppe in der LDP stützen, sondern die Entwicklung des nächsten halben Jahres abwarten. Auch unter diesem Aspekt ist eine Paraphierung des Friedens- und Freundschaftsvertrages vor Dezember 1975, bzw. ca. April 1976 wohl nicht zu erwarten; erst die Zeit nach möglichen Neuwahlen könnte einen Durchbruch bringen.

- 1) C.a. Mai 1975, S.230
- 2) Asahi Shimbun (zit. fortan: AS), 6.7.72, Newsweek, 17.7.72, S.11/12 und Time, 2.10.72, S.15
- 3) Tachibana Takashi, Tanaka Kakuei kenkyū (Untersuchungen über Tanaka K.), in: Bungei Shunju, 11/1974, S.92-131
- 4) vgl. den Beitrag von Kaminogō Toshiaki, Shakai tō sōsō kōshinkyoku (Trauermarsch für die SPJ), in: Bungei Shunjū, 9/1975, S.92-125
- 5) AS, 8.12.74
- 6) AS, 3.12.74
- 7) Shiratori Rei, Miki-seiken wo meguru hoshu to kakushin (Konservatismus und Reform um Mikis Regierung), in: Jiyū, 2/1975, S.18-29, hier: S.22
- 8) AS, 29.11. und 1.12.74
- 9) Shiratori Rei, a.a.O., S.21
- 10) Ekonomisto, 7.1.75, zit. in Daily Summaries of Japanese Press (zit. fortan: DSJP), 11.1.75, S.25-29, hier S.25
- 11) zit. nach Röhl, W., Die japanische Verfassung, Ffm./Berlin 1963, (=Die Staatsverfassungen der Welt, Bd.4), S.130
- 12) vgl. dazu Shibauchi Tadashi, Haken mondai to kō in sareru Nihon (Das Hegemonie-Problem und Japans Verstrickungen), in: Chūō Kōron, 7/1975, S.153-171, hier: S.169
- 13) Tokyo Shimbun, 12.2.75, in: DSJP, 15.-18.2.75, S.23
- 14) Miki Takeo, Hoshu seiji kaikaku no genten (Ursprünge einer Reform konservativer Politik), in: Chūō Kōron, 9/1974, S.114-120, hier S.116
- 15) JT, 28.8.75
- 16) Mainichi Shimbun, 24.5.75
- 17) FEER, 25.7.75, S.20/21
- 18) C.a. August/1975, S. 437
- 19) Shibauchi Tadashi, a.a.O., S.169
- 20) Mainichi Shimbun, 21.1.75
- 21) JT, 7.2.75
- 22) Kanagawa Shimbun, 10.2.75, in: DSJP, 13.2.75, S.1
- 23) Shibauchi Tadashi, a.a.O., S.169
- 24) Sankei, 5.2.75, in: DSJP, 7.2.75, S.33 und JT, 7.2.75
- 25) Tokyo Shimbun, 4.2.75, in: DSJP, 7.2.75, S.6/7 und AS, 31.1.75
- 26) Hsinhua (engl.), 23.5.75 und JT, 20.5.75
- 27) Nakagawa Ichirō u.a., Seirankai - keppan to yūkoku no riron (Die Frühlingssturm-Gesellschaft: Ein Dokument, besiegelt mit Blut, und die Theorie vom Patriotismus), Tokyo 1973, S.198 und 200
- 28) Akasaka Tarō, Haken tōreba dōri hikkomu (Wenn die Hegemonie (Klausel) akzeptiert wird, flieht die Vernunft), in: Bungei Shunjū, 7/1975, S.328;334, hier: S.334
- 29) AS, 3.12.74
- 30) Anlässlich des Besuches einer SPJ Delegation unter Leitung des Parteivorsitzenden ,Narita, in Peking im Mai 1975. AS, 13.5.75
- 31) AS, 18.4.75
- 32) FEER, 5.9.75, S.22
- 33) AS, 13.6.75